

Die Pandemie hat Sorgearbeit ins Rampenlicht gerückt – und Care stößt auch jetzt bei vielen politisch Aktiven auf große Resonanz. Es gibt erste Formen der Zusammenarbeit – zum Beispiel mit Klimaaktivist*innen. Ein Gespräch mit der Sozialwissenschaftlerin und Buchautorin Gabriele Winker.

«Das macht Mut»

Interview: Ines Kappert

Wir sehen, dass selbst eine Pandemie die Bundesregierung nicht dazu veranlasst hat, die Bezahlung etwa von Pflegekräften zu erhöhen. Müssen wir uns von dem Gedanken verabschieden, dass unter kapitalistischen Bedingungen Pflege im Gesundheitsbereich niemals angemessen entlohnt werden wird?

Gabriele Winker: Ich bin der festen Überzeugung, dass sich mit starken sozialen Bewegungen im Gesundheitsbereich auch innerhalb kapitalistischer Strukturen eine bessere Entlohnung sowie vor allem deutlich mehr Personal durchsetzen lassen. Bedingung ist allerdings, dass Beschäftigte und ihre Gewerkschaften noch konsequenter mit Einwohner*innen als (potenzielle) Patient*innen zusammen politischen Druck machen. Um ein tatsächlich solidarisches Gesundheitswesen zu verwirklichen, in dem alle im Land lebenden Menschen die angemessene Unterstützung erhalten, sind strukturelle Änderungen notwendig. Dazu muss der Gesundheitsbereich den Privatunternehmen entzogen werden, die an möglichst hohen Profiten orientiert sind. Krankenhäuser und auch Pflegeheime müssen in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden, so dass Fachkräfte und (potenzielle) Patient*innen gemeinsam entscheiden können, was sie benötigen.

Care-Arbeit geht über Pflegearbeit weit hinaus. In Ihrem letzten Buch «Care Revolution» legen Sie dar, dass die deutsche Gesellschaft trotz ihres Reichtums nur noch den wenigsten erlaubt, ihre Arbeitskraft angemessen zu erneuern. Die Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit sind dramatisch. Die Pandemie hat die ohnehin schlechte Situation weiter verschärft. Sind wir zumindest in der Zivilgesellschaft dem von Ihnen geforderten radikalen Umdenken näher gekommen?

Ich denke schon, insofern, dass derzeit viele Menschen sich bewusster werden, auf was es im Leben ankommt: auf ein funktionierendes Gesundheitswesen, auf sorgsame Pflege bei Krankheit oder im Alter, auf ein gutes Bildungssystem, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Aber auch darauf, die Klimakatastrophe zu stoppen, so dass auch in Zukunft Menschen die von ihnen gewünschte Lebensweise verwirklichen können. Es wird in der Pandemie deutlicher, was viele Menschen durchaus wissen, aber viel zu selten aussprechen: Wichtig ist nicht, möglichst viele Konsumgüter zu besitzen, sondern wichtig sind soziale Beziehungen, die dank hinreichender Zeit und existenzieller Absicherung gelebt werden können. Sowie intakte Ökosysteme, die Leben überhaupt ermöglichen.



«Jetzt sollten sich Feminist*innen und Gewerkschafter*innen gemeinsam für eine radikale Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit einsetzen, damit alle mehr Zeit für die Sorgearbeit in der Familie und in ihrem Ehrenamt haben. Der Zeitumfang ist nicht nur in der Pandemie sehr hoch.»

Welche Chancen eröffnen die Pandemie und der mit ihr einhergehende Ausnahmezustand?

Es geht jetzt darum, unsere Erfahrungen in der Pandemie ernst zu nehmen. Jetzt haben wir die Chance, laut zu sagen, dass die Privatisierung im Care-Bereich sofort gestoppt werden muss. Jetzt müssen wir darauf bestehen, dass demokratische Strukturen – etwa Care-Räte in Kommunen, in den Ländern und beim Bund – aufgebaut werden. Dort sollten Menschen mit hohen Sorgeaufgaben wie Eltern und pflegende Angehörige ebenso zu Wort kommen wie Menschen mit hohem Sorgebedarf. Jetzt können wir durchsetzen, dass endlich eine Bürger*innenversicherung eingeführt wird, durch die alle anfallenden Pflegekosten umfassend beglichen und pflegende Angehörige entlastet werden können. Jetzt müssen wir darauf bestehen, dass die Care-Berufe, in denen zu 80 Prozent Frauen tätig sind, angemessen entlohnt werden. Jetzt sollten sich Feminist*innen und Gewerkschafter*innen gemeinsam für eine radikale Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit einsetzen, damit alle mehr Zeit für die Sorgearbeit in der Familie und in ihrem Ehrenamt haben. Der Zeitumfang ist nicht nur in der Pandemie sehr hoch.

Sie sprechen von der Notwendigkeit einer Care-Bewegung – ähnlich der Klimabewegung, um Entscheidungstragende in der Politik zu einer radikalen Kursänderung zu bewegen. Gibt es hierfür Vorbilder oder Ansätze?

Wir haben vor sechs Jahren das Netzwerk Care Revolution gegründet, das von etwa 80 Initiativen im deutschsprachigen Raum unterstützt wird. Vor Ort sind wir in zehn Regionalgruppen aktiv. Dort arbeiten Care-Beschäftigte mit familiär Sorgearbeitenden, also Eltern oder pflegenden Angehörigen zusammen, aber auch mit Menschen mit Assistenzbedarf. In der Pandemie haben unsere Positionen deutlich an Zuspruch gewonnen. Wir verstehen

uns als Teil einer Care-Bewegung, die auch feministische Organisationen wie die Frauenstreikbündnisse zum 8. März, gewerkschaftliche Kämpfe in Care-Einrichtungen wie Krankenhäuser oder auch Selbsthilfe- und Beratungseinrichtungen umfasst. Wichtig ist, dass diese Teile der Care-Bewegung immer wieder zusammenkommen und dann Druck ausüben, sich Gehör verschaffen und einander besser kennenlernen. Deswegen hat das Netzwerk Care Revolution für 2021 die bundesweite Kampagne «Platz für Sorge» gestartet, die dezentral in Bündnissen vor Ort umgesetzt wird. Mit dieser Kampagne wollen wir die noch kleine Care-Bewegung verbreitern. Unser Engagement für Sorge und Solidarität stößt bei vielen politisch Aktiven gerade in Zeiten der Pandemie auf große Resonanz. So gibt es auch erste Formen der Zusammenarbeit zwischen der Care- und der Klimabewegung.

Könnten Sie dafür auch ein Beispiel nennen?

Auf der großen Klimastreik-Demonstration im September 2019 gab es an mehreren Orten einen Gesundheitsblock. Denn unbestreitbar bedroht der Temperaturanstieg schon jetzt Leben und Gesundheit. Andersherum rief etwa das Klimaaktionsbündnis Freiburg im Juni 2020 zu einer Menschenkette auch für ein solidarisches Gesundheitssystem auf, da die Care- und die Klimabewegung die Sehnsucht nach einer Welt teilen, in der Mensch und Natur wieder im Mittelpunkt stehen – nicht Märkte und nicht Konkurrenz.

Die Pandemie hat Frauen, die schon vorher den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit geleistet haben, weiter massiv belastet – ohne Ausgleich. Welche Reaktion halten Sie für angemessen, angesichts der vielfach frauenverachtenden Politik?

Zunächst ist es wichtig, dass am 8. März in vielen Städten große Demonstrationen stattfinden. Zudem möchten wir an diesem Tag Plätze als «Platz der Sorge» besetzen und dort all die vielen Sorgearbeitenden zu Wort kommen

lassen. Ebenso halte ich es für politisch bedeutsam, den 1. Mai in noch mehr Städten als bisher als «Tag auch der unsichtbaren Arbeit» zu begehen, um das gemeinsame Interesse an einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf maximal 30-Wochenstunden öffentlich zu machen. Auch sollten wir all die vielen konkreten politischen Vorschläge, die in der Care-Bewegung entstanden sind, auch in die Landtagswahlen, insbesondere aber auch in die Bundestagswahl einbringen. Schön fände ich es auch, wenn es uns gelingt, vor Ort Sommerfeste zu organisieren. Dort könnten wir nicht nur feiern und der eigenen Sorgearbeit Beachtung schenken. Dort könnten wir uns auch über unsere konkreten Utopien austauschen. Das macht Mut, nicht locker zu lassen und weiter für eine solidarische und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu streiten, auch wenn der Weg lang ist. Mitstreiter*innen sind immer willkommen unter care-revolution@riseup.net.

Gabriele Winker ist Sozialwissenschaftlerin und Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution. Sie war Professorin an der Technischen Universität Hamburg mit Forschungsschwerpunkten in der Arbeits-, Geschlechter- und Internetforschung. 2015 erschien «Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft». Im März 2021 erscheint «Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima». Jeweils bei transcript.

Ines Kappert ist Leiterin des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung.